

31. Jan. 2008

Anfrage

der Abgeordneten Vilimsky
und weiterer Abgeordneter
an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend Meldestelle für NS-Wiederbetätigung

Der Sicherheitsbericht 2006 beinhaltet folgendes:

„Die Anzahl der strafbaren Handlungen, die der linksextremistischen Szene zuzuordnen sind, stieg von 57 im Jahr 2005 auf 144 im Berichtsjahr. Die meisten Straftaten wurden in der Steiermark (69) verübt, gefolgt von Wien (39), Niederösterreich (9), Vorarlberg (8), Burgenland (7), Tirol und Salzburg (je 6). In Kärnten (2005: 1) und Oberösterreich (2005: 5) wurden keine Tathandlungen registriert.

Bei den Straftaten handelte es sich um 89 Sachbeschädigungen durch Schmieraktionen und 21 Vandalismusakte an Gebäuden und an in Privatbesitz befindlichen Sachgütern sowie um 6 Widerstandshandlungen gegen die Staatsgewalt, 5 Klebeaktionen, 6 Verleumdungsdelikte, 3 gefährliche Drohungen, 2 Brandstiftungen und 2 Diebstähle.“

Zahllose Anzeigen gegen unbekannt sind zusätzlich auch noch unter diese Rubrik zu reihen.

Unter <http://www.bmi.gv.at/meldestellen/> ist zu finden:

Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung

Wenn Sie auf einer Web-Seite oder in einer News-Group Beiträge mit neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Inhalten vorfinden, melden Sie bitte Ihre Wahrnehmung der

MELDESTELLE für NS-WIEDERBETÄTIGUNG

Ihre Angaben werden auf Wunsch vertraulich behandelt. Selbstverständlich können Sie auch bei jeder Polizeidienststelle eine Anzeige wegen Verdachtes der NS- Wiederbetätigung erstatten.

Bundesministerium für Inneres
Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit
Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung

Herrengasse 7
A-1014 Wien

ns-wiederbetaetigung@mail.bmi.gv.at

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Warum gibt es keine eigene Meldestelle für rechtswidrige Aktivitäten bezüglich Linksextremismus?
2. Ist die Einrichtung einer solchen Meldestelle geplant?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Ist es eine Meldung über Aktivitäten von Linksextremisten nicht gewünscht?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Wie viele Fälle von rechtswidrigen Aktivitäten im Zusammenhang mit Linksextremismus gab es 2007?
7. Ist es korrekt, dass der Gutteil der Anzeigen, welche wegen im Rahmen von linken Demonstrationen begangenen Delikten, gegen unbekannt erstattet werden?
8. Ist es korrekt, dass diese Anzeigen somit in der Statistik nicht unter Linksextremismus aufscheinen?
9. Werden Sie als Bundesminister, nicht zu letzt auch auf Grund der Vorkommnisse rund um die Ausschreitungen am 25. Jänner 2008, diesbezüglich Maßnahmen gegen den Linksextremismus und die Gewalt von Links setzen?
10. Wenn nein, warum nicht?

Kurt Wenzinger

Gertl

W. Stroh

W. Stroh

Stroh

A. P. P. P.

Wien am
31. JAN. 2008